

# Geht Bayern bald das Wasser aus?

**CSU und Freie Wähler wollen den Landesentwicklungsplan umschreiben. Im Fokus stehen Passagen zum Grundwasser. Opposition und Verbände kritisieren einen Ausverkauf an die Industrie.**

Von Felix Flesch

Es sind kleine Worte mit großer Sprengkraft: Die bayerische Staatsregierung will das Landesentwicklungsprogramm (LEP) verlängern – allerdings mit ein paar Änderungen. Dabei geht es vor allem ums Grund- und Trinkwasser (wir berichteten). Die neuen Formulierungen haben einen Sturm von Opposition und Kommunalverbänden ausgelöst. Sie sehen Bayerns Grundwasserversorgung in Gefahr. Stimmt das? Und was soll genau geändert werden?

Im Endeffekt geht es nur um ein paar Worte. So steht im bisherigen LEP, dass Grundwasser „bevorzugt der Trinkwasserversorgung dienen soll“. Im neuen Entwurf, der der Mediengruppe Bayern vorliegt, wird „bevorzugt“ durch „insbesondere“ ersetzt. Dadurch wird die Industrie mit privaten Haushalten gleichgesetzt. Zur Begründung heißt es: „Es muss auch gesichert sein, dass für die Lebensmittel- und Getränkeherstellung dort Wasser in Trinkwasserqualität zur Verfügung steht, wo dies zwingend geboten ist“.

## „Regierung öffnet der Privatisierung Tür und Tor“

Die Opposition sieht darin eine Aufweichung des Trinkwasserschutzes. „Die Söder-Regierung ermöglicht gerade den Ausverkauf unseres Grundwassers an Konzerne“, warnt Christian Hiemeis, Sprecher für Umweltschutz der Landtags-Grünen. „Sie öffnet der Privatisierung Tür und Tor und winkt ihre Anträge dazu unter dem Radar der Öffentlichkeit durch.“ Es könne nicht sein, dass kommerzielle Wasserabfüller mit öffentlichen Versorgern gleichgestellt würden. „Ich mache mir ohnehin schon Sorgen um die Grundwasserversorgung in Bayern – jetzt aber erst recht“, sagt er im Gespräch mit unserer Zeitung.

Klaus Adelt, der für die SPD im Umweltausschuss sitzt, kritisiert CSU und Freie Wähler ebenfalls. „Hände weg vom Trinkwasser“, mahnt er. „Wir dürfen dessen Schutz nicht mit



Ein Maisfeld wird bewässert: Die Landesregierung ist wegen ihrer Pläne zur Wasserentnahme in die Kritik geraten. F. Stratschulte, dpa

gewissen Formulierungen aufweichen.“

Den beiden stoßen noch zwei weitere Änderungen sauer auf: Einmal geht es um das Tiefengrundwasser, das unterhalb des „normalen“ Oberflächengrundwassers liegt und besonders rein ist. Es ist teilweise Tausende Jahre alt und gilt als eiserner Reserve. Hier heißt es bisher im LEP, dass es „für die Trinkwasserversorgung nur im zwingend notwendigen Umfang genutzt werden“ soll. Diese Einschränkung wird ersatzlos gestrichen. „Das Tiefengrundwasser ist viel zu kostbar, das dürfen wir nicht anzapfen“, sagt Adelt – gerade in Zeiten von Klimakrise und sinkendem Grundwasserstand (siehe Kasten).

Außerdem nimmt die Landesregierung bei Wasserschutzgebieten zwei – womöglich entscheidende – Worte aus dem Landesentwicklungsprogramm. „Bedeutende, durch Wasserschutzgebiete oder Vorrang beziehungsweise Vorbehaltsgebiete geschützte Trinkwasservorkommen sollen für die zukünftige Nutzung dauerhaft erhalten bleiben“, heißt es bisher. „Vorbehaltsgebiete“ und „dauerhaft“ stehen nicht

## INFOS RUND UMS THEMA WASSER

■ 20 Milliarden Kubikmeter Wasser wurden laut Umweltbundesamt deutschlandweit im Jahr 2019 verbraucht. 44 Prozent entfallen auf den Energiesektor, Bergbau und verarbeitendes Gewerbe sowie öffentliche Wasserversorger kommen auf jeweils 27 Prozent. Die Landwirtschaft nutzt zwei Prozent.

■ 90 Prozent des bayerischen Trinkwassers wird aus Grundwasser gewonnen.

■ Das Bundeskabinett hat vor einer Woche erstmals eine Nationale Wasserstrategie beschlossen. Die Versorgung der

mehr im neuen Entwurf. Und das, obwohl der Freistaat ohnehin nur fünf Prozent der Landesfläche als Wasserschutzgebiete ausgewiesen hat – in anderen Bundesländern sind es über 20 Prozent.

In Bayern ist Wasser kostenlos – sowohl für Bürger als auch für Unternehmen. Man zahlt nur für den Transport – etwa Rohre und Pumpwerke – und die Säuberung des Wassers.

Bevölkerung mit Trinkwasser habe oberste Priorität, sagte Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) dazu.

■ Das Grundwasser ist im Freistaat auf einem extrem niedrigen Niveau. Laut Landesamt für Umwelt (LfU) sind so niedrige Stände Mitte März bisher noch nie gemessen worden. Auch das bisherige Jahr sei zu trocken, zu warm und zu schneearm. Dem LfU zufolge bildet sich neues Grundwasser zu rund zwei Dritteln während der Wintermonate, wenn die Pflanzen dem Boden wegen der geringen Verdunstung kaum Wasser entziehen. fl

Das ist für Unternehmen natürlich attraktiv. Zuletzt haben sich große Handelsketten bayerische Mineralwasser-Quellen unter den Nagel gerissen. So kaufte Aldi Nord vor wenigen Wochen den Treuchtlinger (Mittelfranken) Mineralwasser-Konzern Altmühltaler. Das Unternehmen sucht derzeit – begleitet von Protesten – nach neuen Quellen. Bisher entnimmt Altmühltaler kostbares

zum Sparen. Walter Nussel, Berichterstatter der CSU-Fraktion für das Landesentwicklungsprogramm, verteidigt die Änderungen. „Die Kritik ist völlig überzogen“, sagt er der Mediengruppe Bayern. „Als Regierung müssen wir die Grundversorgung der Menschen in allen Bereichen im Blick behalten.“ Dabei gehe es eben auch um Lebensmittel- und Getränkeindustrie und nicht nur um Wasserzweckverbände. Die Ängste der Opposition teilt Nussel nicht. „Wir haben zwar einige Trockengebiete in Bayern, aber die Grundwasserversorgung ist nicht in Gefahr.“ Daran werden dem CSU-Politiker zufolge auch die neuen Formulierungen im LEP nichts ändern. „Wir haben weiterhin die Hoheit über den Grundwassermarkt und können – wenn nötig – den Zugang der Getränkehersteller einschränken. Die Staatsregierung verschleudert kein Wasser.“

## Ministerium: Rechtlicher Rahmen ändert sich nicht

Das bayerische Umweltministerium verweist auf Anfrage unserer Zeitung ebenfalls darauf, dass durch die möglichen Änderungen am LEP der rechtliche Rahmen für die Wasserentnahme „nicht berührt“ werde. Es werde außerdem jeder Einzelfall geprüft. Indirekt distanziert sich das Umweltministerium jedoch von den Änderungen. Ein Sprecher verwies darauf, dass diese aus dem Landtag – also den Fraktionen der CSU und der Freien Wähler – kommen und nicht aus dem Ministerrat.

Der neue Entwurf wurde bereits im Wirtschafts- und im Umweltausschuss beschlossen. Das Parlament soll ihn noch vor der Sommerpause verabschieden.

Das Thema schlägt auch außerhalb des Maximilians hohe Wellen. Gleich vier Kommunalverbände kritisieren in einem Brandbrief an Söder die Änderungen als „unverantwortlich“. Der „vorsorgende Grundwasserschutz und die ortsnahe Wasserversorgung“ seien in Gefahr, schreiben der Bayerische Städtetag, der Bayerische Gemeindetag, der Landesverband kommunaler Unternehmen (VKU) und der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBW). Sie berichten von einer „erheblichen Unruhe bei den Wasserversorgern in Bayern“.

Die Verbände stören sich auch am politischen Stil der Staatsregierung. Die drei Änderungsanträge seien „in letzter Minute“ in die Beratungen eingebracht worden – „quasi durch die Hintertür“.

Tiefenwasser – aber der Pegel sinkt. Unterdessen übernimmt eine Edeka-Tochter zum 1. April die Siedsdorfer Petrusquelle im Chiemgau.

Streit ums Wasser gibt es derzeit auch in der Gemeinde Polling (Landkreis Mühldorf am Inn). Das Unternehmen InnFood, das Nahrungsmittel für Babys und Erwachsene produziert, will ab 2024 ihr Geschäftsfeld erweitern und Mineralwasser abfüllen. Eine Bürgerinitiative wehrt sich dagegen, da es sich auch um Tiefenwasser handelt. Die Anwohner erwägen eine Klage, die Firma hält an ihren Plänen fest.

Die bayerischen Grünen wollen durch einen „Wassercent“ die Entnahme begrenzen. Wasser ist neben Bayern nur in Hessen und Thüringen kostenlos. Ministerpräsident Markus Söder (CSU) kündigte 2021 zwar den „Wassercent“ an, mittlerweile liegt das Projekt aber wieder auf Eis. Der grüne Co-Fraktionschef Ludwig Hartmann schlug gegenüber der Mediengruppe Bayern einen Preis von acht Cent pro Kubikmeter vor. Für eine Privatperson seien das rund vier Euro im Jahr, für große Unternehmen jedoch deutlich mehr und damit ein Anreiz